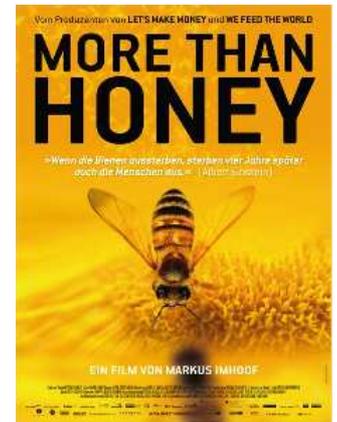

Liebe Leserinnen und Leser,

in einem Monat, **am 17. November**, findet in Bonn die **BBU-Jubiläums-Mitgliederversammlung „40 Jahre BBU“** statt. Alle BBU-Mitglieder müssten inzwischen die Einladungsunterlagen bekommen haben und haben sich hoffentlich den Termin bereits dick in ihren Terminkalendern eingetragen. Bei Fragen und Unklarheiten (z. B. über die Zahl der Delegierten der jeweiligen Bürgerinitiative) wendet Euch unter 0228-214032 an die BBU-Geschäftsstelle. Und wer noch schnell bis zur MV BBU-Mitglied wird, darf natürlich auch mit auf die nächsten 40 Jahre anstoßen! Aufnahmeanträge können hier ausgedruckt werden: <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Alle BBU-Mitglieder können Anträge, Resolutionsentwürfe etc. zur MV in der BBU-Geschäftsstelle einreichen. Auch wenn der Weg für viele von Euch vielleicht weit ist: Bitte versucht an der BBU-Mitgliederversammlung teilzunehmen! Es geht um viel: Um unsere Umwelt!

Auch bei diesem Filmtipp geht es um Umweltschutz: Der BBU weist auf den Neustart des Films „MORE THAN HONEY“ hin, der im November in die Kinos kommt. Informationen über den Film unter <http://www.morethanahoney.senator.de>. **Der BBU verlost 3 x 2 Eintrittskarten.** Wer dem BBU bis zum 31. Oktober 2012 eine E-Mail mit dem Stichwort „Bienen“ zuschickt, nimmt an der Verlosung teil: bbu-bonn@t-online.de. Auch postalische Zusendungen kommen mit in die Verlosung. (BBU-Vorstandsmitglieder sind von der Teilnahme ausgenommen). Mehr zum Film auch unter „Filmtipp“ auf Seite 6.



Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht Euch eine anregende Lektüre und bis zur nächsten Newsletter-Ausgabe weiterhin viele kreative Ideen für den täglichen Widerstand.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU-Pressearbeit

Die Übersicht aller aktuellen BBU-Pressemitteilungen sind zu finden unter: <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

Vortragsreise 2012: Die Situation in Japan nach Fukushima

(UB) Auch in diesem Herbst wird Herr Kobayashi (Tokio) in die Bundesrepublik reisen, um in Kooperation mit dem BBU über die gesundheitlichen Auswirkungen der Fukushima-Katastrophe, über die engagierte japanische Anti-Atomkraft-Bewegung und über die aktuelle japanische Energiepolitik zu informieren. Informationen zur letzten Vortragsreise 2011 unter: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/07.10.11.html>. Aktuelle Informationen über die rund 15 Vortragsorte werden in Kürze veröffentlicht unter: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Demonstration für sofortigen Atomausstieg in Ludwigsburg

(...). Gegen die Atomindustrie und Atomanlagen in der Bundesrepublik und in Frankreich wurde auch am Samstag (22. September) in Ludwigsburg demonstriert. Nach Angaben der Veranstalter war es die größte Anti-Atomkraft-Demonstration, die in Ludwigsburg je stattgefunden hat. Rund 150 Atomkraftgegner/innen hatten sich gegenüber dem Ludwigsburger Schloss anlässlich des dort stattfindenden deutsch-französischen Staatsaktes mit Kanzlerin Merkel und Staatspräsident Hollande versammelt. Mit der Kundgebung wurde darauf hingewiesen, dass auf beiden Seiten des Rheins noch Atomkraftwerke laufen, und es wurde die Forderung erhoben: Alle Atomanlagen in Frankreich und Deutschland sofort abschalten. Neben Jean Paul Lacôte von Alsace Nature sprach auch Dr. Jörg Schmid von der Ärzteorganisation IPPNW bei der Kundgebung. Der auch langjährig für den Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN) im Widerstand gegen das AKW Neckarwestheim tätige Aktivist bezeichnete Atomwaffen und Atomkraftwerke als die größten Geiseln der Menschheit. Weitere Informationen unter <http://www.bbm.de>.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 23.09.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/23.09.12.html>.

Uranmüll rollt ungeschützt nach Frankreich: BBU fordert Exportverbot für Atommüll

(...) Wie alle 4 Wochen startete am heutigen Montag (24. September) wieder kurz nach 12.00 Uhr Mittags ein Sonderzug mit 450 Tonnen Uranmüll in Form von abgereichertem Uranhexafluorid. (...) Hier ein Videoclip über die heutige Abfahrt des Urantransports in Gronau:

<http://www.youtube.com/watch?v=Gz8Kd1FKfps&list=UUIK3NOB2XACEMQ-r2qtrGwA&index=1&feature=plcp>

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 24.09.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/25.09.12.html>.

Ahaus: Vom Zwischenlager schleichend zum Endlager!

Mit wenig Überraschung haben die Anti-Atom-Initiativen im Münsterland die Äußerungen der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) aufgenommen. Die Genehmigung für den schwach- und mittelradioaktiven Abfall, der seit 2010 in das Zwischenlager in Ahaus eingelagert wird, läuft 2020 aus. Der niedersächsische Umweltminister Birkner hat am 7. Juni bereits eingeräumt, dass das für diesen Müll vorgesehene sog. Endlager Schacht Konrad frühestens 2024 fertiggestellt sei. Der Pressesprecher des BZA teilte daraufhin lapidar der Öffentlichkeit mit, dass in so einem Fall eine Verlängerung der Genehmigung beantragt wird. Die Bezirksregierung in Münster teilte den Anti-Atominitiativen mit, dass jedoch eine Verlängerung der jetzigen Genehmigung nicht möglich sei. Es müsse drei Jahre vor Ablauf der alten Genehmigung ein komplett neues Genehmigungsverfahren eingeleitet werden.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung verschiedener Bürgerinitiativen und des BBU vom 02.10.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/02.10.12.html>.

Kalkar vor 30 Jahren: Ein Meilenstein der Anti-Atomkraft-Bewegung

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat heute an die letzte große Demonstration gegen den Bau eines Atomkraftwerks vom Typ "Schneller Brüter" in Kalkar (NRW) vor genau 30 Jahren (02.10.1982) erinnert. Damals hatten rund 20.000 Menschen, darunter auch viele aus den Niederlanden, gegen den Schnellen Brüter und

das gesamte Atomprogramm demonstriert. Zum Protest hatte damals auch der BBU aufgerufen. Die Anti-Atomkraft-Bewegung konnte die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters verhindern. Radioaktives Material wurde nie eingebracht und heute wird die Hülle des Atomkraftwerks als Vergnügungspark genutzt. Der BBU ruft auch weiterhin zu Aktionen gegen Atomanlagen und Atomtransporte auf. Seine zentrale Forderung: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, und das weltweit! Für den BBU ist die Verhinderung des Schnellen Brüters ein wichtiger Meilenstein der Anti-Atomkraft-Bewegung. Nach einem langen und erbitterten Kampf konnte gezeigt werden, dass Bürgerproteste wichtig sind und erfolgreich sein können. "Ohne das Engagement der Anti-Atomkraft-Bewegung wäre der Schnelle Brüter in Betrieb gegangen und hätte die Bevölkerung in NRW und weit darüber hinaus gefährdet", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand. Der BBU betont, dass heute ein echter Atomausstieg dringend überfällig ist. "Die noch laufenden Atomkraftwerke und Atomanlagen in der Bundesrepublik sind eine dauerhafte und drohende Gefahr für die Bevölkerung und die Umwelt. Täglich kann es zu neuen Unfällen kommen", warnt Buchholz.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 02.10.2012. Vollständiger Text unter:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/02.10.12.html>.



Der BBU fordert nach dem AKW-Stresstest die AKW-Stilllegungen

In der Diskussion um den europaweiten Stresstest der Atomkraftwerke betont der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), dass nur die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke, und auch der sonstigen Atomanlagen, die Gefahren der hochgefährlichen Nuklearanlagen verringern kann. Udo Buchholz vom BBU-Vorstand hält es für unvorstellbar, dass mit den angedachten Nachbesserungen bei den Atomkraftwerken wirklich eine absolute Sicherheit der Bevölkerung garantiert werden kann. "Auch die Katastrophenreaktoren in Tschernobyl und Fukushima galten als sicher", bemängelt Buchholz. Und die 25 Milliarden Euro, die für die "AKW-Renovierung" vorgesehen sind, würde Buchholz lieber im Bereich der umweltfreundlichen Energien investiert sehen.

(...). Der BBU ruft die Bevölkerung zu weiterem Engagement gegen Atomanlagen und Atomtransporte auf. Er unterstützt Bürgerinitiativen bei ihrer Arbeit und berät Bürgerinnen und Bürger bei der Gründung neuer Initiativen. Weiterhin ruft der BBU die Bevölkerung dazu auf, Strom von einem Stromanbieter zu beziehen, der nicht mit der Atomindustrie verflochten ist. Informationen über die Kooperation des BBU mit den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) findet man im Internet unter www.bbu-online.de. (...) Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 05.10.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/05.10.12.html>.

BI will Castor-freie Zeit für die Atommülldebatte nutzen

Wie nachhaltig die Gorleben-Gegner arbeiten, zeigt sich in einer aktuellen Zuschrift an das Büro der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI): Malte G. aus Todtnau (Südschwarzwald) unterzeichnet jetzt den Aufruf "Gorleben soll leben- Stop Castor!" aus dem Jahr 2011 und bestellt 3 Aufkleber für die Mobilisierung.

Offensichtlich fehlt einigen Atomkraftgegnern der Castor-Transport im November, aber die Planungen für neue Transporte laufen. Die GNS bzw. die Brennelementlager Gorleben GmbH (BLG) hatte schon im Februar 2012 beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Aufbewahrung von verfestigten mittelradioaktiven Abfällen (MAW-Glaskokil-

len) in 5 Transport- und Lagerbehältern der Bauart CASTOR HAW28M in der Castor-Halle beantragt. Der Antrag befindet sich derzeit in der Prüfung. "Castor-Alarm heißt es vermutlich wieder im Jahr 2014, jetzt heißt es Endlager-Alarm", bekam Malte G. als Antwort. Denn die Gesprächspause zwischen Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) und den Oppositionsspitzen zur Endlagersuche will die BI unbedingt nutzen, um die gravierendsten Fehler der bisherigen Parteidebatte aufzudecken. "Worüber wurde eigentlich in den letzten Monaten diskutiert? Über ein Endlagersuchgesetz oder ein Standortauswahlgesetz?" Diese Frage wirft die BI auf. Nicht nur die Medien, sondern auch die Verhandlungsführer hätten die Begriffe mitunter munter verwechselt.

Bisher gebe es Entwürfe für ein Standortauswahlgesetz, das ist auch der Titel der Gesetzentwürfe. "Das ist ein großer Fehler, denn bei einem Endlagersuchgesetz spielten ganz andere Fragen eine Rolle: Warum sind die bisherigen Konzepte gescheitert? Für welche Arten von Atommüll wird ein Endlager gebraucht? Soll bei einem Tiefenlager die Rückholbarkeit der Abfälle festgeschrieben werden?" gibt Wolfgang Ehmke (BI) zu bedenken. Auch die Sicherheitskriterien gehörten dazu. "Ein Standortauswahlgesetz hingegen öffnet sachfremden Fragen Tür und Tor, da geht es um den zu erwartenden Protest, Sankt Florian und Wahlchancen", warnt Ehmke. Derartige Fragen möchte die BI vorab diskutieren und nicht erst fertige Gesetzestexte verdauen müssen. Die Einladung an Peter Altmaier steht.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 09.10.2012. Die BI ist im BBU organisiert. Weitere Infos unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/>.

Solidarität mit Anti-Atom-Protest in Lingen!

(UB) Am Morgen des 11. Oktober 2012 haben AtomkraftgegnerInnen die Zufahrt zur bundesweit einzigen Brennelementefabrik in Lingen (Emsland) blockiert. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisierte sich in einer Pressemitteilung mit dem Widerstand gegen die Atomanlagen in Lingen. In der Pressemitteilung hieß es: „Das AKW Lingen II und die Uran-Brennelementefabrik in Lingen müssen sofort stillgelegt werden, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Auch der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, eine BBU-Mitgliedsgruppe, solidarisiert sich mit dem Protest vor Ort. In Lingen wird Uran aus Gronau verarbeitet. Im Moment (9 Uhr) wird die Blockade in Lingen von der Polizei aufgelöst. Der BBU fordert grundlegend die sofortige Stilllegung aller AKW und Atomanlagen.“

AKW Fessenheim

Im AKW Fessenheim (Frankreich) gab es erneut einen Störfall.

Quelle: <http://www.tv-suedbaden.de/Aktuelles/Suedbaden/Elsass/Artikel/1231214/Wieder-eine-Panne-im-Atomkraftwerk-Fessenheim/>

Deckmantel des Schweigens über Jülicher Brennelemente

- Welchen Wert haben bisherige Ankündigungen des Forschungszentrums?



Die momentane Informationspolitik bezüglich der 152 Castoren im Forschungszentrum Jülich kritisieren die Atomkraftgegner im Münsterland sowie in Jülich. Bisher gab es vollmundige Ankündigungen, jedoch anscheinend keine konkreten Handlungen. Das Forschungszentrum Jülich (FZJ) kündigte an, die Einlagerungsgenehmigung für die Brennelemente in Jülich bis 2016 verlängern zu wollen. Ob die Verlängerung bereits genehmigt wurde oder noch im laufenden Verfahren ist, ist für die Öffentlichkeit nicht ersichtlich.

Weitere Informationen: www.kein-castor-nach-ahaus.de, www.westcastor.de, www.bi-ahaus.de, www.sofa-ms.de, www.bbu-online.de

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 12.10.2012 des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, des BBU u. a. m.

Zum Verlinken: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/12.10.12.html>

AKW Leibstadt

(UB) Das AKW Leibstadt (Schweiz) darf repariert werden.

Quelle: <http://naturschutz.ch/news/kkl-darf-leibstadt-reparieren/53096>.

Der BBU hält nichts von diesem Murks, seine Forderung ist klar: Sofortige Stilllegung des AKW Leibstadt!

CO-Pipeline

BBU erhebt Einspruch gegen die CO-Pipeline

Der BBU hat bei der Bezirksregierung Düsseldorf Einspruch im Rahmen des Planänderungsverfahrens zur umstrittenen CO-Pipeline zwischen Köln-Worringen und Krefeld-Uerdingen erhoben. Antragstellerin ist die Bayer Material Science (BMS) AG. Nach Auffassung des BBU ist eine derartig lange Röhre nicht lückenlos kontrollierbar.

In der Begründung schreibt der BBU u. a.: "Bei einem vorsätzlich oder versehentlich herbei geführten Austritt von Kohlenmonoxid verteilt sich das giftige Gas in weiten Bereichen. Wenn Kohlenmonoxid über die Lunge in den Blutkreislauf gelangt ist, kommt es zu Behinderungen des Sauerstofftransports im Blut, und es kann zum Tod durch Erstickung führen. Tödliche Konzentrationen dieses Giftgases sind nicht wahrnehmbar und eine Rettung Betroffener ist unmöglich. Zudem ist Kohlenmonoxid nicht nur giftig, sondern auch fortpflanzungsgefährdend und hochentzündlich."

(...) Weitere Informationen zum Thema CO-Pipeline gibt es im Internet unter www.cbgnetwork.org/1968.html.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 04.10.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/04.10.12.html>.

CCS / CO2-Endlagerung

BBU reicht Einsprüche ein gegen die CO2-Verpressung in der dänischen Nordsee

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat beim Landkreis Nordfriesland und dem Umweltministerium Schleswig-Holstein Unterschriftenlisten mit über 250 Einsprüchen gegen die geplante Verpressung von Kohlendioxid (CO₂) in der dänischen Nordsee eingereicht. Die Unterschriften wurden binnen weniger Tage gesammelt. "Ergänzend hat der BBU auch einen ausführlicheren Einspruch eingereicht", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand. Das dänische Umweltministerium beabsichtigt, Unternehmen die CO₂-Verpressung in der dänischen Nordsee „anzubieten“. Mittels Verpressung von CO₂ soll die Ausbeute aus fast ausgeförderten Erdgas- und Erdöllagerstätten in der Nordsee erhöht werden. Da das Vorhaben mit erheblichen Gefahren verbunden ist, regt sich berechtigter Protest seitens der Umweltschutzbewegung.

In dem Sammeleinspruch des BBU heißt es:

1. Mit Leckage-Raten von ca. 1% jährlich ist zu rechnen. Wenn die Kavernen nicht dicht sind, führt dies zur umfassenden Versauerung der Meere mit katastrophalen Auswirkungen für das Leben im Meer.
2. Ein dauerhafter Verschluss der Bohrlöcher ist fragwürdig, weil es bis heute keinen CO₂ resistenten Bohrloch-Zement gibt! Die alten Bohrungen sind mit Stahlrohren ausgekleidet, die ebenfalls durch Säuren angegriffen werden können. Leckagen wären deshalb wahrscheinlich.
3. Im Umfeld des geplanten Genehmigungsgebietes kommt es regelmäßig, teilweise mehrfach im Jahr, zu Erdbeben von bis zu 4,7 Punkten auf der Richterskala. Damit ist die Standsicherheit der Deckschichten und Bohrlöcher, insbesondere der älteren Bohrlöcher, nicht gegeben.
4. Eine detaillierte Bewertung des geologischen Untergrundes einschließlich alter Bohrlöcher, Risse und Frakturen und Angaben zum größtmöglichen Bereich, in dem sich Druckspitzen und CO₂-/"sonstige" Bestandteile durch die Verpressung auswirken können, ist nicht vorhanden.
5. Der zusätzliche Schiffsverkehr für den Transport des CO₂ wird erheblich sein. Bei Förderzeiträumen von 20 bis 30 Jahren und mehreren Erdöl- und Erdgasfeldern wären mehrere tausend Schiffstransporte notwendig. Mit den Folgen möglicher Unglücke beschäftigt sich der Umweltbericht nicht. (...).

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 15.10.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/15.10.12.html>.

Energiepolitik

Der BBU fordert die Deckelung der konventionellen Kraftwerke

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat die Erhöhung der sogenannten EEG-Umlage auf 5,277 Cent pro Kilowattstunde (kWh) Strom als übertrieben und unverhältnismäßig bezeichnet. Der BBU betont, dass für den Anstieg der Strompreise nicht der Ausbau der regenerativen Energien verantwortlich ist. Vielmehr liegt es an den Großkonzernen mit hohem Stromverbrauch, die mit Subventionen gestützt werden. Erneut hat sich der BBU für eine Energiewende „mit Weitsicht“ ausgesprochen. Der Verband weist vor dem Hintergrund der Strompreisdebatte erneut auf das drängende Problem der Klimaerwärmung und die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energieversorgung hin. (...).

Nach Auffassung des BBU dürfen nur noch etwa 20% der noch nachgewiesenen Reserven an fossilen Energien verbrannt, energetisch oder chemisch genutzt werden, wenn das globale Ziel von maximal zusätzlichen 2 Grad C nicht verfehlt werden soll. Dies heißt: Die weltweit aktiven Konzerne, die drauf und dran sind, sämtliche verfügbaren fossilen Reserven zu fördern und zu nutzen, müssen vordringlich ausgebremst - möglicherweise enteignet - werden und nicht die dagegen zaghaften und fast nur auf Deutschland beschränkten Bemühungen, die Erneuerbaren Energiequellen voran zu bringen.

Es sind gemäß BBU diese Konzerne, die mit fossilen Energien ungeheure Gewinne einfahren, sie sind schnellstens in Deutschland an den Kosten der Energiewende zu beteiligen, damit die einfachen Verbraucher richtig entlastet werden können.

Damit nicht bei erneuerbaren Energien künftig ein ähnlicher katastrophaler Run auf die natürlichen Quellen einsetzt (gefährdet sind Wälder, die offene See, die restlichen Biotope, Naturräume, usw.) müssen auch diesen heute schon Grenzen gesetzt werden, wo es Gründe der Nachhaltigkeit erfordern.

In der Diskussion um die zukünftige Energieversorgung fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), dass endlich die weit gefächerten Möglichkeiten zur Einsparung von Energie massiv in Angriff genommen werden müssen. (...). Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 15.10.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/15.10.12.html>.

Feinstaubproblematik

Feinstaub-Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster bedeutet empfindlichen Rückschlag für die Luftreinhaltungspolitik

Als empfindlichen Rückschlag für die Luftreinhaltungspolitik bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) das Urteil des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts vom 9.10.2012. Der 8. Senat hatte die Klage eines Betroffenen abgewiesen, der die Stadt Herne auf die Durchführung kurzfristiger Maßnahmen zur Fein-

staubreduzierung verklagt hatte. Der Kläger wird nun prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten ihm verbleiben, um seinen Anspruch auf eine nicht gesundheitsschädigende Luftqualität durchzusetzen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU, der Sachbeistand des Klägers im Prozess war, erklärt hierzu: „Das Urteil hat erhebliche negative Effekte für alle Betroffenen in nordrhein-westfälischen Kommunen mit Grenzwertüberschreitungen. Es ist nicht abzusehen, wie ein Anwohner in NRW zukünftig seinen Anspruch auf Leben und körperliche Unversehrtheit gegenüber dem Staat durchsetzen kann. Im Vergleich mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 25.7.2008 zur Feinstaubproblematik ist dies ein umweltpolitischer Rückschritt.“

Frühzeitig im Prozess stellten das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (LANUV) sowie das Gericht die Übertragbarkeit der Werte der Herner Messstation auf den Wohnort des Klägers in etwa 200 m Abstand in Frage. Der Vertreter des LANUV ging dabei sogar davon aus, dass eine Übertragbarkeit nur innerhalb eines Radius von wenigen Metern existieren würde. Damit wird jeder Kläger zukünftig das Problem haben, aufwändige Computersimulationen oder Messungen selbst in Auftrag geben zu müssen, um seine Betroffenheit darzulegen. Von der im Immissionsschutz üblichen Praxis, Messwerte zumindest bis zu Abständen von 500 m bis 1000 m als repräsentativ anzusehen, wird damit zu Lasten der Betroffenen abgewichen. (...).

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 12.10.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/12.101.12.html>

Fracking

Landkreis Lüneburg gegen Fracking

Der Landkreis Lüneburg hat sich am 15. Oktober gegen Fracking ausgesprochen.

Quelle: http://www.lueneburg.de/desktopdefault.aspx/tabid-77/169_read-47226/

Holzschutzmittel

Holzschutzmittel Hylotox

In einer Kirche in Dahme sind massive Holzschutzmittelprobleme aufgetreten.

Quelle: http://nachrichten.t-online.de/gift-alarm-gemeinde-in-dahme-bangt-um-barocke-stadtkirche/id_60230294/index?news

Innenraumschadstoffe

App für Gefahrstoffe

Bei der Bestimmung und Bewertung von Innenraumschadstoffen können neue Medien zunehmend hilfreich sein. Mehr dazu unter <http://www.innenraumhygiene.com/aktuelles.php?id=13>. Bitte teilt Erfahrungen mit diesen App's der BBU-Newsletter-Redaktion mit.

Naturschutz

Das Infozentrum Wahner Heide braucht Hilfe!

Mitte der 1990iger Jahre entstand, noch zu ADAF¹-Zeiten, auf einem von der Evangelischen Kirchengemeinde Lohmar gepachteten Gelände in Altenrath das INFOZentrum Wahner Heide. Dort sollte auf ehrenamtlicher Basis mit einem Schaugelände, Auskunftstafeln und dem einem Infomaterialangebot den Besuchern der Wahner Heide alles Wissenswerte über den Naturraum nahegebracht werden. Mit viel Engagement und nach anfänglichen Rückschlägen konnte das Zentrum 1996 in Anwesenheit der damaligen Landesumweltministerin Bärbel Höhn eröffnet werden. Seit dieser Zeit ist es an Sonntagen (später auch an Feiertagen) von April bis Oktober eine zuverlässige Auskunftsstelle für Tausende Besucher im Jahr und war immer die „Herzkammer“ des Bündnis Wahner Heide bzw. Heideterrasse. Eine herausgehobene Bedeutung kommt dabei dem schmucken „Häuschen“ auf dem Gelände zu. Trotz laufender Instandhaltungsarbeiten ist dieses „Häuschen“ nun doch arg in die Jahre gekommen. Witterungseinflüsse und Holzschädlinge setzen der Substanz immer mehr zu, so dass in absehbarer Zeit eine Grundrenovierung nötig ist. Dazu ist Hilfe nötig! In einem ersten Schritt muss die vorhandene Bausubstanz fachmännisch untersucht und eine fundierte Substanzanalyse vorgenommen werden. Daran anschließend kann in einem die weiteren Schritt die beste Vorgehensweise und der damit verbunden Aufwand bestimmt werden. Erst auf dieser Basis kann dann die notwendige Unterstützung, sei es durch Sponsoren oder aus Fördermitteln akquiriert werden.

Nun geht es also um den ersten Schritt: Aus dem Kreis der Mitglieder suchen wir Hilfe bei der fachmännische IST-Zustandserhebung. Wer hierbei helfen kann, ist aufgerufen, sich zu melden – am besten per E-Mail (Stichwort „Infozentrum“) an info@heideterrasse.net.

¹ ADAF = Aktionsgemeinschaft der Ausbaugesegner des Flughafens (Köln-Bonn).

Bündnis Heideterrasse e. V.; das Bündnis ist Mitglied im BBU. Weitere Infos unter <http://www.wahnerheide.net/>.

Recycling

BürgerInnenprotest am 20.10. in Wonfurt

Die „Bürgerinitiative Lebenswertes Wonfurt“ ruft auf zur GROSSDEMO unter dem Motto: "MENSCH und UMWELT".

Samstag, den 20. Oktober 2012, in Wonfurt gegen die Fa. Loacker. Beginn: 11:00 Uhr Kirchplatz. Für giftfreies und nachhaltiges Recycling! KEIN LOACKERN! Weitere Informationen unter <http://www.giftskandal-hassberge.de>.

Verkehrspolitik

Tempo 30 in unseren Städten

Die von FUSS e.V. eingerichtete Informations-Website www.30kmh.DE?pk_campaign=NL-September-2012 (dtsch. und engl.) gibt einen ersten Überblick über das Thema und auch über die Kampagne. In der Zwischenzeit ist vom Koordinationsbüro „30 km/h – macht die Straßen lebenswert!“ die Website für die europäische Zusammenarbeit und die Sammlung der Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative EBI www.30kmh.eu eingerichtet. Es ist vorgesehen, am ersten Tag der „Europäischen Woche der Mobilität“ am 16. September 2012 die Anmeldung bei der EU-Kommission vorzunehmen. Dann erfolgt die formaljuristische Prüfung. Geht alles glatt, gibt es spätestens am 15. November eine Zustimmung und dann kann die Unterschriftensammlung beginnen. Sie werden von uns selbstverständlich zeitnah über unseren Newsletter darüber informiert! Einen organisatorischen Newsletter zur EBI-Umsetzung können Sie zusätzlich über www.30kmh.EU bestellen.

Wir haben uns in den letzten Monaten bemüht, auch in Deutschland eine Diskussion über die Stadtgeschwindigkeit auf den Weg zu bringen, wobei die Reaktionen bisher erfreulich waren aber längst noch nicht ausreichend. Wir als Fachverband Fußverkehr Deutschland wollen nunmehr unseren Schwerpunkt darauf legen, die Informationen für Befürworter und Skeptiker zielgruppengenaue und fachlich breiter zusammenzutragen. Dabei sind wir auch auf Ihre Hilfestellungen und Mitarbeit angewiesen. Die Geschwindigkeits-Diskussion ist ja nicht nur eine Fragestellung im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit, sondern betrifft oder tangiert zahlreiche Lebensbereiche, Umwelt-, Stadtplanungsthemen etc. Wenn Sie sich in einem Spezialgebiet auskennen oder auf besonders wichtige Literaturquellen oder Zitate (auch von „fachfremden“ Personen) gestoßen sind, nehmen Sie bitte mit uns Kontakt auf:

http://www.tempo-30-in-unseren-staedten.de/de/kontakt.html?pk_campaign=NL-September-2012. Da Tempo 30 in Deutschland noch immer ein umstrittenes Thema ist, kommt es darauf an Überzeugungsarbeit zu leisten!

Aus einer Infomail vom 13.09.2012 der BBU-Mitgliedsorganisationen FUSS e. V. und UMKEHR e. V.

Kontakte: info@fuss-ev.de, <http://www.fuss-ev.de>, info@umkehr.de, <http://www.umkehr.de>.

Der BBU unterstützt die Kampagne „Tempo 30 in unseren Städten“.

3. Terminhinweise

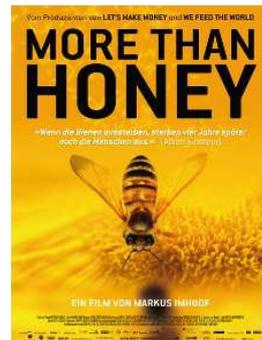
Aktuelle Terminhinweise zu verschiedenen Themen findet man auf der BBU-Homepage unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

4. Filmtipp

MORE THAN HONEY

Der BBU empfiehlt diesen Film, der am Beispiel der Bienen die dringende Notwendigkeit eines umfassenden Naturschutzes unterstreicht. In der offiziellen Filmankündigung heißt es:

„Der Physiker Albert Einstein soll einmal gesagt haben: „Wenn die Bienen aussterben, sterben vier Jahre später auch die Menschen aus.“ Im Dokumentarfilm MORE THAN HONEY geht der renommierte Schweizer Regisseur und Enkel einer Imkerfamilie Markus Imhoof („Der Berg“, „Die Reise“, Oscar®-Nominierung für „Das Boot ist voll“) dem rätselhaften Bienensterben auf den Grund. Mit ungeahnter Präzision macht er das Leben der Biene sichtbar und porträtiert diejenigen, die am meisten davon profitieren: die Menschen. Während ein Schweizer Bergimker das Bienensterben mit Traditionstreue abzuwehren versucht, ist die Apokalypse in China schon längst Realität. Imhoof trifft hier auf das Geschäft mit den Pollen. Er spricht mit einem quer durch die USA ziehenden Bienenchauffeur und mit Königinnenzüchtern, die ihre lebendige Ware per Post in die ganze Welt verschicken. Imhoofs tief beeindruckende Bestandsaufnahme des Bienenlebens verdichtet sich zu einer traurigen Diagnose unserer Zeit, in der Naturprodukte massenhaft verfügbar sein müssen. Die Biene steht im Zentrum dieses Widerspruchs, denn keinem anderen Tier wird heute so rigoros beides abverlangt: Quantität und Qualität. Markus Imhoof spürt den Bedeutungen nach, die die Biene seit ewigen Zeiten für den Menschen verkörpert und wagt einen schrecklich schönen Blick in den Abgrund, der eine Welt ohne Bienen zweifellos wäre.“ Mehr zum Film unter <http://www.morethanhoney.senator.de>.



Bitte beachten: Der BBU verlost 3 x 2 Kinokarten für diesen Film (s. o.; Vorwort).

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 9 / 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 25.10.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.